

IRAN: Die Theokratie nähert sich ihrem Ende, die Islamische Republik bleibt jedoch weiter bestehen

Ende Oktober 2009

Es sind genau ca. 10 Wochen her seit im Iran eine neue revolutionäre Situation entstanden ist. Dabei hat sich die Führung der Islamischen Republik offensichtlich dafür entschieden, die Theokratie nur noch mit der Macht der Bajonette und der Öleinnahmen für eine Weile künstlich am Leben zu erhalten. Es steht fest: Ayatollah Khamenei hat bei der überwältigenden Mehrheit des durch und durch islamischen Volkes seine Legitimation verloren. Weniger im Lande selbst, wohl aber im Ausland, gehen die Meinungen über den Hintergrund der neuen Staatskrise über die zentralen Akteure und die Perspektive des Aufstandes weit auseinander. Am stärksten ist die Verwirrung bei einem Teil der internationalen Linken. Genährt wird sie durch eine oberflächliche Wahrnehmung von Ahmadinedschad als Beschützer der Armen, durch böse Erfahrungen mit so zahlreichen orangenen Revolutionen in Osteuropa, mit der erklärten Absicht der US-Neocons, im Iran einen Regime-Change herbeizuführen – tatsächlich hatte eben dafür die Bush-Regierung 400 Millionen US-Dollar bewilligt -. Durch eine selektive Kombination von wirklichen und vermeintlichen Fakten sind Argumentationsmuster schnell gestrickt: Die Reformbewegung sei erstens weiterhin islamisch geprägt, zweitens hinsichtlich ihrer Intention nicht viel besser als Khamenei und Ahmadinedschad, da auch sie sich letztlich an den Öleinnahmen bereichern wolle. Manche aus dem linken Lager mögen auch enttäuscht sein, dass Mussawi nicht zur sozialistischen Revolution aufruft und in aller Bescheidenheit lediglich für mehr Demokratie und weniger Theokratie eintritt. Bei derart oberflächlicher Betrachtung übersieht man jedoch allzu leicht, dass die gegenwärtige Volksbewegung ihrem Wesen nach die Fortführung der unterbrochenen Revolution von 1979 ist und dass Khamenei, somit auch die Theokratie, heute genau dort stehen, wo der Schah und die Monarchie vor dreißig Jahren standen.

Klientelismus, Theokratie und Spaltung der Gesellschaft

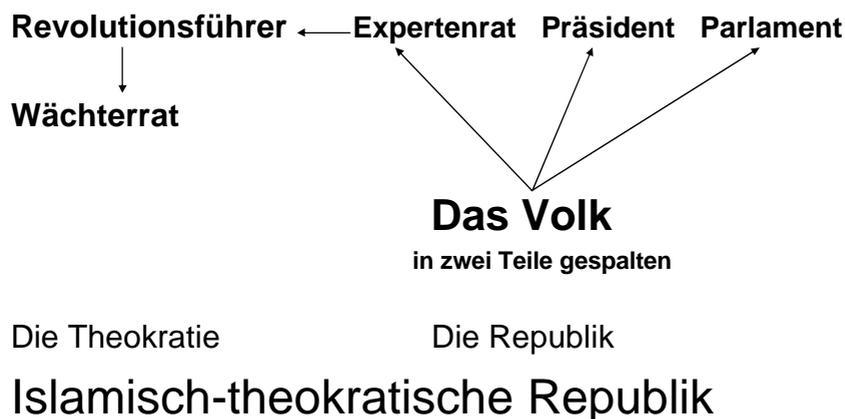
Schon der monarchistische Staat hatte ein rentierstaatlich-klientelistisches Gerüst. Der Schah hatte einen auf Gewalt beruhenden monopolistischen Zugang zu den Ölrenten. In der Illusion, dank der Öleinnahmen die Monarchie für alle Ewigkeit festigen zu können, hatte er in den 1970er Jahren die iranische Armee massiv ausgebaut und den Armeeangehörigen im Austausch mit Loyalität, ganz im Sinne klientelistischer Machtabsicherung, allerlei Privilegien gewährt. Just in dem Moment als der Schah-in-Schah (König der Könige) den Gipfel seiner Macht erklommen hatte, brach die antimonarchistisch-islamische Revolution aus und das System fiel im Februar 1979 wie ein Kartenhaus zusammen. Die Monarchie und ihr Herrschaftssystem wurde unwiderruflich beendet und ihrer systemtragenden Elite blieb keine andere Alternative, als in die USA zu flüchten: Im selben Jahr wurde

¹ Mohssen Massarrat ist Professor (im Ruhestand) für Politik und Wirtschaft an der Universität Osnabrück.

durch ein Referendum mit Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Iraner die Islamische Republik ausgerufen. Sie entstand mit aktiver Beteiligung bzw. Zustimmung fast aller sozialen und politischen Strömungen, einschließlich diverser linker Gruppierungen.

Islamische Theokratie zwischen halbdemokratischer Legitimation und despotischer Herrschaft

Aus der ursprünglich Islamischen Republik entwickelte sich im Lauf der 1980er Jahre jedoch die islamisch-theokratische Republik. Neben den demokratisch-republikanischen und direkt vom Volk gewählten Institutionen wie dem Parlament, dem Staatspräsidenten und dem Expertenrat wurde der Wächterrat – ursprünglich als passives Kontrollorgan gedacht – mit entsprechenden Verfassungsänderungen zu einem alles beherrschenden und mächtigen Machtinstrument in der Hand des Revolutionsführers etabliert (s. Skizze).²



Der Revolutionsführer selbst herrscht gemäß Artikel 57 der Verfassung über alle drei Staatsgewalten (Legislative, Judikative und Exekutive) und ernennt ganz allein die Leitung der Armee und der staatlichen Medien.

Die und wir: ein theokratisches Apartheidsystem

Die neu gefestigte Theokratie verwandelte das politische System in einen theokratischen Apartheidsstaat. Die Theokratie spaltete das Volk fortan in zwei Teile, in Khodi (die von uns oder Systemtreue) und in Ghahre Khodi (Fremde oder Systemgegner). Die Spaltung der Gesellschaft zog sich durch alle sozialen Gruppen, durch die Familien, ja sogar durch jeden Einzelnen, der nun gezwungen war, mit zwei Gesichtern leben zu müssen: im öffentlichen Leben anders als privat,

² Es handelt sich um eine vereinfachte Darstellung der Struktur des politischen Systems der Islamischen Republik. Zu weiteren Institutionen und Organen gehören der Schlichtungsrat, die Judikative, die Streitkräfte und staatlichen Funk- und Fernsehanstalten, die alle (mit Ausnahme des Schlichtungsrats) direkt vom Revolutionsführer kontrolliert werden.

gegenüber den Vorgesetzten anders als gegenüber dem eigenen Wissen und Gewissen. Unzählige hoch ausgebildete Fachkräfte konnten dieses Leben in Lüge nicht ertragen und kehrten dem Land den Rücken.

Die politische Spaltung in zwei Lager entstand indem der Wächterrat nur Systemtreue als Kandidaten bei den Wahlen für alle republikanischen Institutionen zulässt. Indem aber die theokratische Herrschaft, vor allem nach Khomeinis Tod und mit Khamenei als neuem religiösen Führer, ihre Legitimation auf den „systemtreuen“ Teil des Volkes reduzierte und die „Fremden“, also Systemgegner, systematisch ausschloss, schaufelte sie letztlich auch ihr eigenes Grab, an das sie in den letzten zwanzig Jahren immer näher heranrückte. Und in dem Maße wie der Wächterrat und der Revolutionsführer, der Logik der Willkür folgend, immer neue Gruppen und Personen, letztlich das gesamte Reformlager, als Systemgegner ausgrenzte, vergrößerten sie die Lücke der eigenen politischen Legitimation. Mit der Wahl von Mahmud Ahmadinedschad ging die Theokratie mit aller Kraft daran, die schrumpfende Legitimation durch Populismus, durch einen rücksichtslosen Klientelismus und letztlich sogar durch den gigantischen Wahlbetrug zu kaschieren.

Irrtümer der Linken

Bei der Wahl des neuen Staatspräsidenten am 12. Juni 2009 ging es, entgegen weitläufigen Annahmen und Behauptungen innerhalb eines Teils der Linken und darüber hinaus auch international in einem breiten Spektrum, das bis Hugo Chavez in Südamerika reicht, nicht um eine Wahl zwischen Reichen und Armen, Nord und Süd, Stadt und Land, wie beispielsweise Uri Avnery unterstellt (s. Freitag Nr. 28), sondern ausschließlich darum, die theokratische Herrschaft zu erhalten oder sie zu überwinden und die Islamische Republik sozusagen zu republikanisieren.

Alle Prognosen, die einige Wochen vor dem Wahltag Ahmadinedschad als Favoriten deklarierten – und darauf beziehen sich alle Argumente für die Authentizität der offiziell verkündeten Wahlergebnisse -, mögen mit seriösen Methoden ermittelt worden sein, für die Beurteilung der Wahlergebnisse sind sie jedoch untauglich. Sie konnten allesamt nämlich jenen Stimmungswechsel in den letzten zwei Wochen vor der Wahl, der wellenförmig von Teheran aus bis in die entlegensten Gegenden Irans hinüberschwappte, eben nicht erfassen. Die durch die Theokratie ausgeschlossene Zivilgesellschaft und große Mehrheit der Bevölkerung witterte intuitiv ihre Stunde für gekommen, um durch ihr Votum für einen ihnen als glaubwürdig erscheinenden Außenseiter der Theokratie eins auszuwischen.

Wahlprognosen, Wahlfälschung

Genau das war auch 1997 der Fall als die Wähler mit ihrem spontanen Votum und entgegen allen Vorhersagen den damaligen Außenseiter Khatami zum Präsidenten wählten und ihn zum Idol der Reformbewegung machten. Damals wie heute spielten Frauen wie Jugend mit ihrem kreativen Einsatz eine entscheidende Rolle. Insofern ist es wissenschaftlich unseriös, sich auf „seriöse Wahlprognosen“ von mehreren Wochen vor dem Wahltag zu berufen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben – anonym aus dem Innenministerium herausgeschleusten Informationen zufolge – für Ahmadinedschad ca. 5,7 Millionen – für einen gescheiterten Präsidenten immer noch sehr viel -, für die Gegenkandidaten insgesamt über 35 Millionen, darunter für Mussawi über 19 Millionen Wähler, gestimmt.

Die Stimmen für Ahmadinedschad stammen – dank sprudelnder Ölrenten – von Millionen klientelistisch Privilegierter unter den sogenannten Revolutionswächtern, paramilitärischen Bassidjis, Teilen der Staatsangestellten, ideologisch Verblendeten, religiös Gutgläubigen und uninformativer Landbevölkerung, die auf den Populismus und die Gerechtigkeitsphrasen Ahmadinedschads hereingefallen sind. Für neue Hoffnungsträger, für die Gegner der Theokratie stimmten aus allen sozialen Schichten fromme Moslems wie Laizisten, traditionalistische wie moderne Frauen und Männer, Ältere wie vor allem Jugendliche, Intellektuelle wie Arbeiter, Reiche wie Arme, also alle jene Menschen, die der gesellschaftlichen Spaltung, der alltäglichen Erniedrigung durch Lügenpropaganda und der offensichtlichen Plünderung der Staatskasse überdrüssig geworden waren, die Ahmadinedschad bis zum Exzess betrieben hat. Der gigantische Wahlbetrug machte selbst einen Teil von Ahmadinedschads Wählern zu seinen Gegnern und erschütterte vollends die Legitimation von Ayatollah Khamenei und der theokratischen Herrschaft. Von den 9 Großayatollahs des Landes – das moralische Rückgrat der Islamischen Republik – steht bisher ein einziger hinter dem religiösen Führer.

Quelle des Klientelismus: Das Öl

Die theokratische Herrschaft beruht, wie die monarchistische Herrschaft, auf den selben zentralistischen Staatsstrukturen, sie speist sich aus derselben ökonomischen Quelle: den Ölrenten. Daher verwundert es kaum, dass seit Ende der 1980er Jahre mit der Wahl von Khamenei - als Nachfolger von Khomeini - zum religiösen Führer, das rentierstaatlich-klientelistische System der Schah-Herrschaft, allerdings im religiösen Gewand, restauriert wurde. Für die spezifisch theokratische Erscheinung des Systems müssen allerdings weitere Faktoren berücksichtigt werden: (a) der von Gott hergeleitete theokratische Alleinvertretungsanspruch, (b) die schwach entwickelte Demokratiekultur und die Geringschätzung pluralistischer Koexistenz von Meinungen, Lebensstilen mit tiefen Wurzeln in vor- und nachislamisch-orientalischen Kulturen à la orientalischer Despotie, und vor allem (c) wie unter der Monarchie das Interesse am Zugang zu den Öleinnahmen (Renten), das die monopolistisch-zentralistische Herrschaft begünstigt, die Demokratisierung dagegen massiv behindert.

Konkurrenz verschiedener Machtflügel

Die theokratische Herrschaft wurde jedenfalls zum Dreh- und Angelpunkt der Konkurrenz verschiedener Machtflügel in der Islamischen Republik und der sich um diese herum gescharten Fraktionen der staatskapitalistischen Ökonomie. Khamenei als Staatspräsidenten (1981-1989) machte sich zum Interessenvertreter der einfachen Mullahs, der unteren Schichten der Revolutionswächter und eines Teils der Basar-Händler. Rafsandschanis Klientelismus während seiner Präsidentschaft (1989-1997) zielte auf einflussreiche Geistliche, auf das Führungspersonal im Machtapparat einschließlich der Revolutionswächter, auf die Großhändler und auf die Wirtschaftselite, die dank seiner kuriosen Privatisierung der Staatsbetriebe über Nacht zu Geld und Eigentum kamen. Ahmadinedschad schließlich trieb in seiner Amtszeit (2005-2009) den Klientelismus dank hoher Ölpreise und sprudelnder Öleinnahmen auf die Spitze. Als erste Amtshandlung entließ er das gesamte Führungspersonal im Staatsapparat (ca. 200.000) und besetzte die Posten mit seinen, in der Regel unerfahrenen Anhängern. Er öffnete vor allem der Führung der

Revolutionswächter und der im achtjährigen Krieg gegen den Irak kämpfenden Generation Tür und Tor, um ein riesiges Wirtschaftsimperium mit Filialen im Ölsektor, im Bausektor und in anderen Wirtschaftszweigen aufzubauen und sich endlich ihren eigenen Anteil an den Öleinnahmen zu holen. Diejenigen, die sich acht Jahre lang im Krieg gegen den Irak bis an die Grenze der Selbstaufopferung für ihr Vaterland eingesetzt hatten, wollten nicht länger nur die Zuschauerrolle spielen, während die reichen Eliten wie Rafsandschani und andere, die Hunderttausende junge Männer in den Krieg geschickt hatten, sich weiter bereicherten. Nicht nur an die Krieger von gestern, sondern auch auf seinen Reisen in die Provinz verteilte auch Ahmadinedschad, an allen Kontrollorganen des Systems vorbei, Almosen nach eigenem Gutdünken und einer archaischen Gerechtigkeitslogik. Er stürzte dadurch die iranische Wirtschaft in die Krise, erteilte der Inflation und Bodenspekulation einen neuen noch nie dagewesenen Auftrieb und machte so die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Aura des Unbestechlichen

Seine gnadenlose Kampfansage an Rafsandschani und dessen korruptes Umfeld, die Ahmadinedschad vor allem bei internationalen Linken eine Aura des Unbestechlichen – des „Dieners und Straßenkehrers des Volkes“, wie er sich selbst gerne betitulierte – verlieh, diente lediglich als willkommener Vorwand, seinen eigenen Klientelismus zu kaschieren bzw. als gerecht zu legitimieren. Die undurchsichtige Zurückhaltung Rafsandschanis im Kampf der Volksbewegung gegen die Theokratie wirft ein Licht auf sein Dilemma und das seines sozialen Umfelds: einerseits lehnt er die Radikalität von Khameneis Theokratismus wegen dessen desaströser Außenpolitik und seiner Allianz mit seinem Hauptgegner Ahmadinedschad ab, andererseits könnte auch er nach einem Machtwechsel ein erstes Opfer der Demokratisierung werden. Denn dann müsste er für seine Rolle während des irakisch-iranischen Krieges ebenso Rechenschaft ablegen wie für seine Verantwortung für den Terror an den kurdischen Spitzenpolitikern (Mykonos-Affaire) und die „Kettenmorde“ an Oppositionellen während seiner Regierungszeit. Daher ist es auch irreführend, Rafsandschani als Lenker von Mussawi und der Demokratiebewegung hochzustilisieren, wie es manche Linke, denen das in ihre „antikapitalistische“ Anschauung passt, gerne tun.

Als einziger Staatspräsident erteilte Khatami in seiner Regierungszeit 1997-2005 dem rentierstaatlichen Klientelismus eine Absage und zog dadurch den Zorn der verwöhnten Öleinnahmeprofiteure auf sich, die nahezu alle seine Reformprojekte blockierten und ihn scheitern ließen. Auf Khatamis Vorschlag hin beschloss das Parlament, nach dem norwegischen Modell die Einrichtung eines Öleinnahmefonds, aus dem die Regierung Gelder nur mit Zustimmung des Parlaments entnehmen dürfte. Gerade weil aber Ahmadinedschad sich dieses Fonds widerrechtlich bediente und sich obendrein weigerte, dem Parlament darüber Rechenschaft abzulegen, zielten die Wahlprogramme aller Reformkandidaten und Gegner von Ahmadinedschad bei der letzten Wahl im Juni 2009 auf diese willkürlich-klientelistische Politik des Präsidenten und prangerten offen die theokratische Herrschaft an, die mit dem Wächterrat das Hauptübel und Rückgrat eben der klientelistischen Staatsstrukturen darstellt. Gerade in dieser Hinsicht unterscheidet sich die Reformbewegung ihrem Wesen nach eindeutig von anderen Flügeln des Systems, die aus Furcht, ihre Alimentierung zu verlieren, sich fest an die Theokratie klammern und diese, solange es geht, mit Klauen und Zähnen verteidigen wollen.

Demokratiebewegung im Iran, Israel, Obama

Manche aus einem bestimmten linken Lager glauben allen Ernstes, die angeblich von außen gesteuerte Demokratiebewegung würde das Regime schwächen und Israel sowie den USA eine Steilvorlage dafür liefern, endlich den erwünschten Regime Change herbeizuführen. Israel hat definitiv kein sonderliches Interesse an einer iranischen Demokratiebewegung, sehr wohl aber – so paradox es auch erscheinen mag - am Feindbild Ahmadinedschad. Ein fundamentalistisch regierter Iran und ein zionistisch-expansionistisches Israel brauchen sogar einander ungemein. Seit über zwei Jahrzehnten ist einerseits die Angst vor der „iranischen Bedrohung“ das wichtigste Instrument der innerisraelischen Konsensherstellung und Ablenkung von der eigenen Besatzungspolitik in Palästina. Andererseits spielt auch die antiisraelische Propaganda im Iran eine ähnlich legitimierende Funktion für die Theokratie. Irans Demokratiebewegung ist somit nicht nur eine Gefahr für die Theokratie im Iran, sondern auch eine große Gefahr für die Hardliner in Israel. Sie macht es vor allen Dingen den Kriegstreibern schwer, Iran weiterhin zu dämonisieren. In Israels Tageszeitung *Ha'aretz* stand vor einigen Wochen über einem Photo der grünen Massenproteste im Iran sinngemäß die Schlagzeile „Wen wollen wir im Iran bombardieren“? In der internationalen Propaganda gerät die aggressiv antiiranische Initiative *Stop the Bomb* – manche ordnen sie dem Mossad zu – mächtig in die Isolation.

Im Unterschied zu Israel besteht zwischen dem neuen US-Präsidenten und der Demokratiebewegung Irans durchaus ein politisch positiver Zusammenhang. Dank Obamas versöhnlicher Rede in Kairo, die für Sympathie und Vertrauen in der gesamten islamischen Welt warb, gewann die aus dem politischen System ausgeschlossene iranische Zivilgesellschaft einen zusätzlichen Auftrieb zur Teilnahme an den Wahlen und die Unterstützung für den mutigen Reformen Mussawi. Möglicherweise hat die Angst Ahmadinedschads, Mussawi würde mit Obama den Atomkonflikt kreativ anpacken, anstatt dass er selbst endlich direkt mit diesem verhandelt, oder aber seine Angst, das Feindbild Amerika - ein weiteres wichtiges Bindemittel für die theokratische Herrschaft im Iran - zu verlieren, ihn und die Theokratie noch zusätzlich dazu bewogen, einen Wahlsieg Mussawis mit allen Mitteln zu verhindern. Es gibt jedenfalls keinerlei Anzeichen dafür, dass Obama zusammen mit Israel einen Regime Change im Iran anstrebt.

Gefahr eines neuen Krieges

Was also soll dann erneut das unüberhörbare Säbelrasseln Israels als wollte es demnächst tatsächlich losschlagen? Es wäre auf jeden Fall verkürzt, die Drohung als reinen Bluff zu interpretieren. Auch würde die Schlussfolgerung, „Israel könne nicht, also würde nicht“, zu schematisch und militärtechnisch daherkommen. Tatsächlich geben oft aber politische Motive den Ausschlag. Israels rechtsgerichtete Regierung Netanyahu/Liebermann steht unter Druck der neuen US-Nahostpolitik, man könnte auch sagen mit dem Rücken zur Wand. Denn sie weigert sich, Obamas Forderung nachzukommen und den Siedlungsbau zu stoppen, erst recht sich auf eine Zweistaaten-Lösung einzulassen. Dies würde ja tatsächlich das Ende des zionistischen Projektes bedeuten, das die rechten Zionisten unter keinen Umständen zur Disposition stellen. Unter diesen Bedingungen mag alles, was militärisch für

Außenstehende als irrational erscheint, aus der Perspektive einer abgewirtschafteten Ideologie rational, ja sogar im Sinne eines „Befreiungsschlages“ als überlebensnotwendig gesehen werden.

Insofern wäre die Annahme nicht abwegig, hinter dem Säbelrasseln die Absicht zu einem ernsthaften militärischen Angriff gegen Irans Atomanlagen zu vermuten. Kluge Strategen in der israelischen Armee, die wüssten, was das dann bedeuten würde, sind keine Garantie, dass sich die Irrationalität der israelischen Rechten nicht doch durchsetzt. In den beiden letzten Kriegen, 2006 im Libanon und 2008/2009 in Gaza, setzte sich gerade die Irrationalität durch. Im ersteren Krieg hat Israel seinen Nimbus des Unbesiegbaren in der arabischen Welt und im zweiten den Überrest an moralischer Glaubwürdigkeit in der gesamten Welt verloren. Vermeintliche Anreize in den Kalkülen von Israels Hardlinern könnten durchaus zu verlockend sein, um einen dritten Kriegsunsinn vom Zaum zu brechen. Tatsächlich hätte Israel eine theoretische Möglichkeit, in einem mit Neokonservativen und Israel-Lobbyisten in den USA abgestimmten Szenario, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die Vernichtung von Irans Atomanlagen einerseits und Obama selbst andererseits. Denkbar wäre beispielsweise, dass Israels Regierung im Alleingang mit dem perfiden Kalkül losschlägt, Obama hätte - unter massivem öffentlichen Druck, den die ganze Maschinerie der Neocons und der Israel-Lobby erzeugen würde, sobald erste iranische Raketen in Israel einschlugen - keine andere Wahl, als durch die nachträgliche Beteiligung der US-Armee am Krieg, Israel vor einem neuen Holocaust zu schützen. Obamas *Change*-Projekt wäre dadurch vollends zum Scheitern verurteilt.

Jüngste Ereignisse

Zu den wichtigsten Ereignissen gehört die Fatwa von Großayatollah Montazeri am 11. Juli 2009 – einen Monat nach der Wahl –, die er anlässlich einer theologischen Anfrage von Mohssen Kadivar, eines Schülers von ihm und eines der philosophischen Köpfe der Reformbewegung, erließ. Darin heißt es u. a.:

„Eine Obrigkeit, die auf Knüppeln, auf Ungerechtigkeit und Rechtsverletzungen basiert, die sich der Wahlstimmen bemächtigt und diese manipuliert, die mordet, verhaftet und wie im Mittelalter und mit stalinistischen Methoden foltert, die ein Klima der Unterdrückung schafft, Zeitungen zensiert, Kommunikationswege stört, die gebildete Elite der Gesellschaft unter absurden Vorwänden inhaftiert und falsche Geständnisse erpresst, eine solche Obrigkeit ist aus religiöser Sicht und in den Augen eines jeden Vernünftigen zu verurteilen und besitzt keinen Wert.“³

Mit andern Worten ist die herrschende Theokratie aus theologischer Sicht illegitim, auch wenn sie weiterhin regiert. Diese Fatwa muss Ernst genommen werden, sie hat nicht eine sofortige, sehr wohl aber mittel- und langfristig eine nachhaltige Wirkung. Es gibt noch Millionen frommer Iraner und Iranerinnen, die mit sich und ihrem Gewissen ringen ob der islamisch fragwürdigen Befehle des geistlichen Oberhauptes, dem sie mit ihrer Revolution zur Macht verholten haben. Inzwischen haben 700 ehemalige und gegenwärtige Parlamentarier in einem Brief an den Vorsitzenden des Expertenrates, Rafsandschani, aufgefordert, den Expertenrat zur Abberufung von Ayatollah Khamenei einzuberufen. Ohne sich auf Montazeris Fatwa zu beziehen,

³ Vollständige Übersetzung der Fatwa s. *Süddeutsche Zeitung* vom 14. Juli 2009.

wiederholen die Parlamentarier in ihrem Brief dessen Anschuldigungen als Grund für die Illegitimität der herrschenden Obrigkeit (s. o.).

Wie Montazeris Fatwa - nach derjenigen von Großayatollah Khorassani von 1907, der die Ghajariden-Herrschaft für illegitim erklärte, sowie die Fatwa von Ayatollah Khomeini 1979 gegen die Legitimität der Herrschaft des Schahs zum dritten Mal gegen eine Regierung in der neueren iranischen Geschichte erlassen - hat auch der Brief der Parlamentarier nahezu alle Tabus gebrochen, die die Herrschaft des „Velayate Faghi“ – der Herrschaft der Rechtsgelehrten – als Mauer der Unantastbarkeit um sich gezogen hatte.

Doch scheint das geistliche Oberhaupt der Islamischen Republik, Khamenei, unbeirrbar keine Abstriche an der Theokratie zulassen zu wollen. Ahmadinedschad präsentierte inzwischen, ungeachtet seiner zweifelhaften Legitimität, sein 19-köpfiges Kabinett. Die 16 Männer auf der Kabinettsliste stammen mehrheitlich aus dem Militärapparat, sie sollen – obgleich ohne Erfahrung und Qualifikation - offensichtlich für ihre Loyalität mit Ministerposten belohnt werden. Des weiteren stehen auf der Kabinettsliste zum ersten Mal in der Islamischen Republik auch 3 Frauen aus dem erzkonservativen Lager. Sie sollen, ganz im Stil des populistischen Präsidenten, den Anlass für ein Scheingefecht mit frauenfeindlichen radikalen Mullahs liefern, um vom eigenen Legitimitätsproblem des Präsidenten abzulenken.

Offensichtlich handeln beide, Khamenei und Ahmadinedschad, nach dem Muster der KP Chinas, der es trotz des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 gelang, die chinesische Demokratiebewegung beiseite zu schieben. Sie übersehen dabei, wie übrigens jede illegitime Herrschaft, die mit ihrer Einäugigkeit neue Irrtümer begeht, dass die KP China mit ihrer in sich halbwegs konsistenten Industrialisierungsstrategie den Chinesen in den letzten zwei Jahrzehnten wenigstens die ökonomische Prosperität bescherte. Zu solch einer Leistung dürfte die Theokratie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit jedoch nicht in der Lage sein, weil sie, angesichts ihrer klientelistisch-rentiersstaatlichen Binnenstruktur und des Ausschlusses eines Teils des Volkes (Ghaire Khodi) aus dem politischen Geschehen, sich selbst blockiert, Strategien im Sinne des Allgemeinwohls zu entwickeln.

Gibt es die Chance für einen friedlichen Machtwechsel?

Khamenei steht nun, wie eingangs gesagt, genau dort, wo der Schah vor dreißig Jahren gestanden hat. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass erstens jetzt - wie damals die Monarchie insgesamt – nicht die Islamische Republik als Ganzes, sondern zunächst die Theokratie in der Islamischen Republik zur Disposition steht und dass zweitens die mächtigen Revolutionswächter und die gewaltbereiten Bassidjis, im Unterschied zur Armee des Schah, mit ihrem sozialen Anhang mehrere Millionen an der Zahl eine mächtige gesellschaftliche Gruppe darstellen und zum Teil mit Überzeugung hinter der Theokratie stehen – jedenfalls noch. Völlig offen ist es jedoch, wie lange es bei dieser Unterstützung bleiben würde. Unter den Revolutionswächtern befinden sich nämlich immer noch viele nicht Korruptierbare, und ehrlich Religiöse, die sich am Tage X aller Wahrscheinlichkeit nach gegen die Theokratie stellen würden. Immerhin hatte 1997 die Mehrheit unter den Revolutionswächtern für den Reformler Khatami gestimmt.

Eine kluge Politik, die nach südafrikanischem Vorbild die Perspektive der Versöhnung nach einem friedlichen Machtwechsel verbindlich verkünden würde, könnte dazu führen, dass der Theokratie der wichtigste Machttumpf – eben die Revolutionswächter – abhanden kommt. Das Versprechen eines fairen Umgangs mit den heutigen Profiteuren des Systems nach dem Machtwechsel, genau dieses wichtige Versöhnungsinstrument, hat nicht nur in Südafrika, sondern auch im frankistischen Spanien, letztlich auch in Milosevics Serbien, zum friedlichen Übergang und zu einem günstigen Ausgang für die Demokratisierung geführt.